

Haushaltsrede **zur Einbringung des Doppelhaushalts 2026/2027**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Brütting,
Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Steidle,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schwarzenborfer,
Sehr geehrte Frau Kämmerin Faußner,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
Sehr geehrte Damen und Herren,

mit den Haushaltsberatungen beginnt in jedem Jahr ein ähnliches Ritual. Mehr oder weniger sorgenvoll werden dunklen Wolken am Horizont beschrieben und mahnende Worte zur Haushaltsdisziplin formuliert.

Mit dem vorgelegten Doppelhaushalt müssen wir nun feststellen: über unsere städtischen Finanzen ist der Sturm bereits hereingebrochen.

Leider müssen wir auch für diesen Haushaltsplan wieder einmal feststellen – Rekordeinnahmen nützen nichts, wenn sie von Rekordausgaben Jahr um Jahr aufgefressen werden.

Laut der vorgelegten Planung wächst die städtische Verschuldung in zehn Jahren von 20 Mio. EUR (2019) auf 164 Mio. EUR (2029). Das entspricht einem Anstieg der Verschuldung von 720%. Nimmt

NORBERT REHM
Stadtrat | Fraktionsvorsitzender
Gründer und Sprecher der Bürgerbewegung

MANUEL REIGER
Stadtrat

CHRISTIAN HELLRIEGEL
Stadtrat

Bischof-Fischer-Str. 94
73430 Aalen

Tel. 07361/64033
Fax 07361/64035

E-Mail: rehm-consult@t-online.de

man die Verluste der Bäder noch mit dazu, dann steigt die Verschuldung sogar um 940%.

Allein die Zinsbelastung wird nach diesem Planansatz im Jahr 2029 knapp 4,5 Mio. EUR jährlich bedeuten. Ein Weg in die Schuldenfalle, der uns und die kommenden Generationen auf die Probe stellen wird.

Wir sollten deshalb die Generation, deren Spielräume wir erheblich einengen, im Rahmen der Haushaltsberatungen zu Wort kommen lassen.

Wir b e a n t r a g e n, dem Jugendgemeinderat die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Haushaltsplan mit Rekordverschuldung zu geben.

Die Gewerbesteuerereinnahmen sind seit Jahren erfreulicherweise kontinuierlich gestiegen. Wir können sehr dankbar für die ansässigen Unternehmen sein und sollten sie nach Kräften weiter unterstützen. Die Stimmung in der Wirtschaft trübt sich allerdings zunehmend weiter ein. Gut bezahlte Industriearbeitsplätze gehen mehr und mehr verloren. Ein Trend, der über kurz oder lang auch vor Aalen nicht halt machen wird.

Die Ursachen liegen auf der Hand. Höchste Energiepreise, höchste Lohnkosten, Steuerlast und Sozialausgaben und eine fesselnde, völlig außer Rand und Band geratene Bürokratie, drohen unseren Wohlstand abzuwürgen.

Ob der Doppelhaushalt in dieser Lage wirklich ein Vorteil sein wird, wird sich zeigen.

Den Doppelhaushalt sehen wir kritisch. Er kann in diesen krisenhaften Zeiten auch schnell dazu führen, dass mit ständigen Nachtragshaushalten die Belastung für alle Beteiligten sogar noch steigt.

Bei der hochdefizitären Lage der Stadtkasse muss nach unserer Auffassung am Anfang eine ehrliche Analyse stehen. Diese konnten wir in Ihren Ausführungen, Herr Oberbürgermeister, zur Einbringung des Doppelhaushaltes nicht ausreichend erkennen.

Es greift zu kurz, auf Städte zu schauen, denen es noch schlechter geht als uns. Es muss unser Anspruch sein, auf die Städte zu schauen, die es besser machen.

Natürlich ist es richtig, dass die Kreisumlage hoch ist. Unsere Aufgabe sollte es dann aber auch sein, den Kreis dabei zu unterstützen, das Defizit seiner Kliniken so schnell wie möglich zu reduzieren. Deshalb sollten wir schon aus eigenem Interesse dringend alles unterlassen, was den Bau des Zentralklinikums in Essingen verzögert.

Natürlich werden die Aufgaben der Stadtverwaltung nicht weniger. Aber wahr ist auch: die extreme Schieflage, in die unsere Stadt finanziell geraten ist, ist in weiten Teilen hausgemacht.

Lassen Sie mich ausführen, was ich damit meine:

1. Wirtschaftsfaktoren

Die von mir angesprochene schlechten Standortfaktoren betreffen nicht nur Bund oder Land. Sie schlagen sich auch ganz konkret in unserer Stadt nieder.

Wenn wir auf Aalen konkret schauen, stellen wir schon am Beispiel der kürzlich beratenen Erweiterung der Firma Geiger fest, wie schwer es geworden ist auch nur kleinste Veränderungen durchzusetzen. Lärmschutzgutachten, Immissionsschutzgutachten, Bürgerbeteiligung, Artenschutzgutachten und viele weitere bürokratische Hürden gilt es zu nehmen. Eine kleine Firmenerweiterung dauert viele Jahre, während an anderen Orten der Welt ganze Städte und Fabriken aus dem Boden gestampft werden.

Die Bürokratie kostet unsere Unternehmen nicht nur viel Zeit, sondern auch viel Geld. Wer sich einmal anschaut, welche Kosten Unternehmen alleine für sog. Ökopunkte aufbringen müssen, wundert sich nicht, dass für viele Firmen eine Abwanderung ins Ausland immer attraktiver wird.

Wir behindern uns aber auch an anderer Stelle mit selbstgeschaffener Bürokratie. Im Wohngebiet Tannenwäldle wird immer offensichtlicher, dass die dortigen Auflagen die Schaffung von Wohnraum erschweren. Es muss uns doch zu denken geben, dass in bester Wohnlage und mit für Aalen durchschnittlichen Preisen eine stockende Nachfrage eingetreten ist. Wir sind hier der Meinung, dass die Auflagen schnellstmöglich überprüft und geändert werden müssen. Eine teure Quartiersgarage ist kein Ersatz für einen Autostellplatz am eigenen Haus. Tatsache ist, die meisten Familien haben mindestens ein Auto, im Durchschnitt sogar zwei. Wir müssen den Bauherren zumindest ermöglichen, Stellplätze auch an ihrem Grundstück zu bauen. Bauplätze, die nicht verkauft werden, sind Einnahmen, die unserer Stadtkasse fehlen.

Wenn die Stadtverwaltung ein solches Konzept auch für neue Wohngebiete, wie zum Beispiel für das Wohngebiet „Pelzwasen Ost“ bereits angekündigt hat, so lehnen wir dies entschieden ab.

Auch die teuren Energiepreise in Aalen sind ein Problem, dass durch die Krise bei den Stadtwerken z.B. durch höhere Netzentgelte noch befeuert worden ist. Es reicht nicht, von vermeintlich billigen erneuerbaren Energien zu sprechen und diese Entwicklung als alternativlos darzustellen. Bei den Verbrauchern kommen keine billige Energiepreise an, sondern mit die teuersten Preise im Vergleich der Industrieländern. Dazu hat sich dieser Rat noch dazu entschieden, den Menschen in Aalen Klimaneutralität bis 2035 zu versprechen. Hier müssen wir uns ehrlich machen. Für die Bürger, die Unternehmen und auch die Stadt Aalen würde die Weiterverfolgung dieses Ziels alleine bereits hunderte von Millionen Euro kosten. Ein Versprechen, dass absehbar nicht erreichbar und noch viel weniger finanzierbar ist.

Die Menschen merken also, dass die Erzählung hier in unserem Saal nicht zu ihrer Realität passt. Eine solche Politik zerstört Vertrauen in unsere Institutionen.

Ich komme nun zu dem Thema mit höchster Brisanz und größter Auswirkung auf den Haushalt – und muss eine Vorbemerkung machen.

Viele Gemeinderäte und manche Aufsichtsräte beklagen mangelnde Information durch die Verwaltung, wenn sie Nachrichten erst aus der Zeitung erfahren, die eigentlich dringend an die Gremien gegeben werden müssten. Auch heute ist es so:

In der Zeitung steht, dass gestern (also Mittwoch) ein Arbeitsgerichtsprozess der Stadtwerke mit einem Prokuristen stattgefunden hat. Beteiligte befürchten, dass die Stadtwerke zweiter Sieger werden könnten.

Der Gemeinderat wurde darüber nicht informiert. Ich darf für meine Fraktion feststellen: wir wollen in solchen Fragen zumindest über den Vorgang und den Streitstand unterrichtet werden. Es reicht nicht, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrates und sein Stellvertreter im stillen Kämmerlein solche Fragen mit sich ausmachen. Bezahlen muss es im Zweifel nämlich der Bürger - und wir Gemeinderäte sollen es beschließen.

2. Stadtwerke

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich zu Beginn von hausgemachten Problemen gesprochen habe, dann ist an erster Stelle sicher das gesamte Debakel um die Stadtwerke anzuführen.

Auch wenn nun für 2025 kurzfristig eine positive Entwicklung prognostiziert wird, ist das Problem bei weitem noch nicht erledigt. Bei genauer Betrachtung wurde das Defizit in Teilen von den Stadtwerken in den städtischen Haushalt nur verlagert. Die Zeche zahlt weiterhin der Bürger.

Ob wir die Stadtwerke mit teilweise bis heute noch nicht finanzierten Beschlüssen saniert haben oder nur Banken, Berater, Wirtschaftsprüfer und Anwälte befriedigt haben, wird sich zeigen. Wir meinen auch, dass die vielen teuren Berater in Zukunft nicht mehr alleine von der Verwaltung oder dem Oberbürgermeister beauftragt werden dürfen. Bei den immensen Kosten müssen die Gremien mitentscheiden.

Zur Erinnerung muss an dieser Stelle gesagt werden, dass die Bäder in den 90er Jahren an die Stadtwerke überführt wurden, damit die Defizite aus dem Bäderbetrieb durch die Gewinne der Stadtwerke direkt ausgeglichen werden. Auf dem Papier hat dies lange Zeit auch gut funktioniert.

Nun verbuchen wir Betriebsverluste für die Bäder im Haushalt der Stadt für die kommenden beiden Jahre über mehr als 20 Mio. EUR. Auch hier wird deutlich: die Bürger haben das Missmanagement der Stadtwerke noch auf viele Jahre direkt zu bezahlen.

Die Stadtverwaltung und die Stadtwerke haben seit Beginn der Stadtwerke-Misere kaum eine Steuer, kaum eine Abgabe und kaum eine Gebühr nicht angehoben. Ich rede dabei von einer Erhöhung

- der Gewerbesteuer
- der Vergnügungssteuer
- der Hundesteuer
- der Wasser- und Abwassergebühren

einer tageweise Schließung von Freibädern, eine Erhöhung von Eintrittspreisen und bald sogar noch der Einführung einer neuen Steuer, der Grundsteuer C. Zudem müssen wir im Doppelhaushalt an die 100 Mio. EUR in Schulen Straßen und anderen wichtigen Dingen verschieben.

Der Bürger kann also genau nachvollziehen, was schlechtes Management der öffentlichen Hand und öffentlicher Unternehmen für ihn konkret bedeutet.

Mit der Übernahme der Bäder wird wenigstens für die Öffentlichkeit abschätzbar, wie die Zahlen wirklich aussehen. Bei den Stadtwerken wurde letztendlich viel Geld der Bürger vernichtet, es wurde aber allzu

oft in nichtöffentlichen Sitzungen und für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar über die Lage gesprochen. Ein Demokratiedefizit, dass sich ändern muss.

Weiter verfolgen für die Stadtwerke folgende Lösungswege:

a) Aufsichtsrat

Mit Michael Schäfer wurde in der Geschäftsführung ein guter und wichtiger Wechsel vorgenommen.

Wenn wir starke Stadtwerke wollen, brauchen wir zudem aber auch einen fachlich stark besetzten Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat muss schlanker und effizienter werden, d.h. weniger Mitglieder haben. Zudem müssen neben Mitgliedern des Gemeinderats dringend auch Vertreter der Wissenschaft und Wirtschaft, sprich fachliche Expertise, in den Aufsichtsrat berufen werden. Wie die Krise bei den Stadtwerken gezeigt hat, sind es nicht die Fragen, die im Aufsichtsrat gestellt werden, sondern die Fragen, die mangels Fachwissen nicht gestellt werden, welche über eine wirksame Kontrolle der Geschäftsführung entscheiden.

Wir b e a n t r a g e n, der Gemeinderat möge eine neue Satzung für die Stadtwerke GmbH beschließen. Deren Kernpunkte sollen dabei beinhalten:

a) Der Aufsichtsratsvorsitzende wird aus der Mitte des Aufsichtsrats gewählt.

b) Der Aufsichtsrat soll mit einem Anteil von mindestens 25% mit Fachleuten aus der Wissenschaft und Wirtschaft besetzt werden, die nicht dem Gemeinderat angehören.

b) Partner in der kommunalen Familie

Wir plädieren als AKTIVE BÜRGER außerdem dafür, dass unsere Stadtwerke Partner in der kommunalen Familie suchen. Wir sehen, wie zum Beispiel die Stadtwerke Oberkochen erfolgreich mit den Städten Heubach und Essingen kooperieren.

Wir sollten diesem Beispiel folgen. Die Vorteile liegen auf der Hand. Wir erhalten unsere Stadtwerke und stärken die kommunale Hand im Ostalbkreis. Wir könnten mit lokalen Partnerschaften die Grundlage für eine dezentrale Energiezukunft schaffen, Demokratische Teilhabe fördern und auch die regionale Wirtschaft stärken.

Eine Kooperation erscheint möglich bei gemeinsamen Netzen, beim gemeinsamen Einkauf von Energie oder auch ganz einfachen Dingen wie der gemeinsamen Beschaffung von Software.

Wir beantragen, dass die Verwaltung konkrete Gespräche mit möglichen Partnern aus Ostwürttemberg aufnimmt mit dem Ziel, in einer gemeinsamen Gesellschaft unsere Netze zu halten und Dienstleistungen für dieses Netzwerk anzubieten.

c) Bäderkonzept / Limes-Thermen

Mit der Eröffnung des Hirschbachbades morgen und den horrenden Verlusten unserer Bäder wird aber auch eine neue Bäderkonzeption unumgänglich. Wir begrüßen es nun also, dass die Stadtverwaltung die kommenden zwei Jahre hierauf verstärkt hinarbeiten will.

Für uns nur schwer hinnehmbar ist, dass die Limes-Thermen von einem Defizit in 2022 in Höhe von 1,8 Mio. EUR auf ein Defizit in 2024 in Höhe von 2,8 Mio. EUR gewachsen sind. Die Limes-Thermen sind, da sind wir uns wohl alle einig, ein echter Aalener Leuchtturm für die Stadt und den Tourismus. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses Bad schleichend kaputtgeht.

Der Bädergutachter Studer hat aufgezeigt, dass die Limes-Thermen das einzige Aalener Bad sind, welches wegen seiner sehr guten Standortfaktoren eigentlich schwarze Zahlen schreiben müsste. Die Limes-Thermen, sehr geehrte Damen und Herren, müssten zur Entlastung des Haushaltes beitragen. Stattdessen haben wir sie zu einer Belastung werden lassen.

Wir müssen deshalb jede Anstrengung unternehmen, das Bad schnellstmöglich so umzubauen, dass es profitabel wird. Eine Schließung der Limes-Thermen darf es nicht geben.

3. Verwaltung und Aufgaben

In Zeiten klammer Kassen müssen wir aber auch die Stadtverwaltung und deren Aufgaben nochmals kritisch überprüfen und Überkapazitäten schnellstmöglich abbauen. Wir dürfen nicht nur von Bürgern und Unternehmen immer höhere Steuern verlangen. Die Einschnitte müssen in der Verwaltung beginnen.

Wir brauchen eine schlanke und handlungsfähige Verwaltung. Sie muss ihre Kernaufgaben gut machen können. Und den Rest müssen wir rigoros zurückfahren.

Dabei gibt es im von der Stadtverwaltung vorgelegten Haushaltsplan durchaus positive Ansätze, z.B. wenn in den kommenden zwei Jahren

keine neuen Stellen in der Verwaltung geschaffen werden sollen. Dies ist anhand der explodierenden Stellen und Personalkosten überfällig.

Wir meinen aber, dass noch größere Sparanstrengungen notwendig sind. Die Zuschüsse zum Deutschland-Ticket sollten ganz gestrichen werden. Zuschüsse für ein Jobrad sind nicht weiter zu gewähren. Solche Vorteile sind der Bevölkerung aktuell nicht vermittelbar. Dies gilt im Übrigen auch, wenn eine bezahlte Frühstückspause nun gegen einen arbeitsfreien Freitag alle 2 Wochen eingetauscht werden sollen.

Wir b e a n t r a g e n, dass die Zuschüsse zum Deutschland-Ticket und zum Jobrad für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung ganz gestrichen werden.

Weiter glauben wir, dass auch ganze Stellen entfallen oder zurückgefahren werden können. Es ist für den Bürger z.B. nicht nachvollziehbar, weshalb die Stadtverwaltung durch das Amt für Chancengleichheit eine Handreichung für gendergerechte Sprache herausgibt. Der Bürger fragt sich, warum er mit seinem Steuergeld Seminare im Rathaus der Stadt Aalen finanziert mit Themen wie „Moderne Männlichkeiten – offen für alle Geschlechter“. Die Teilnahme für Mitarbeiter der Stadt kostenlos und mit Anrechnung auf die Arbeitszeit. Die Aufgabenkritik muss dringend bei diesen Punkten ansetzen.

Das Landratsamt hat vorgemacht, dass die Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten mit einer halben Stelle auf ein gesetzliches Minimum reduziert werden kann.

Wir stellen auch die Frage, ob es Aufgabe der Stadt Aalen ist, eine Beratung für klimafreundliches Bauen anzubieten und auch liebgewonnene Projekte wie Smart City, müssen zumindest auf den Prüfstand. Es darf hier keine Tabus bei den Haushaltsberatungen geben.

Auch an das Thema einer Reform der Verwaltungsstrukturen unserer Flächenstadt, also die unechte Teilortswahl und die Ortschaftsverwaltungen, müssen wir uns zu gegebener Zeit trauen.

Weiter sind wir informiert worden, dass das Amt für Wirtschaftsförderung eine Referentenstelle für den Amtsleiter braucht. Wir hören auch vermehrt Kritik daran, dass das Amt für Wirtschaftsförderung keinen Mehrwert für die Stadt bringt. Viel Kritik gibt es auch aus der Verwaltungsgemeinschaft an der Geschäftsführung.

Wir beantragen deshalb, einen Stopp der Stellenausschreibungen Wirtschaftsförderung und einen Bericht zur Aufgabenerfüllung.

Zudem meinen wir, dass eine neue Geschäftsführung für die Verwaltungsgemeinschaft berufen wird, damit wir zukünftig wieder partnerschaftlich mit unseren Nachbargemeinden umgehen können.

4. Freiwilligkeitsleistungen

Dringend notwendig ist es aus unserer Sicht auch, die Freiwilligkeitsleistungen der Stadt Aalen grundlegend neu zu bewerten.

Die Förderung von Bäumen, Sträuchern und Hecken muss eingestellt werden. Gleiches gilt für die Förderung von Balkonsolarkraftwerken oder Fassadenrenovierungen.

Wir müssen uns auch nochmals hinterfragen, ob die Stadt zwingend selbst als Veranstalterin eines Weihnachtsmarktes auftreten muss.

Wir b e a n t r a g e n, dass die Stadtverwaltung eine Aufstellung über die Freiwilligkeitsleistungen (z.B. in Form von Zuschüssen) vorlegt und die Prioritäten mit dem Gemeinderat anhand der defizitären Lage neu bewertet.

Wenn wir diese Sparmaßnahmen umsetzen, müsste wir keine Erhöhung der Grundsteuer B beschließen und auch keine Grundsteuer C einführen. Diese Maßnahmen lehnen wir entschieden ab. Der Grunderwerb ist für Familien in Aalen bereits viel zu teuer geworden. Wer den Traum vom Eigenheim verwirklichen will, darf nicht mit immer höheren Steuern belegt werden. Auch die sog. Enkelsteuer halten wir für ein falsches Instrument. Wir stehen für eine Achtung des Eigentums der Bürger, welches manchmal bereits über Generationen geschaffen wurde. Wie sie damit verfahren, ob sie es bebauen oder für zukünftige Generationen erhalten, ist eine Frage der persönlichen Freiheit, die wir nicht mit einer Strafsteuer belegen dürfen.

Am Ende danke ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und ihrem ganzen Team der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit.

Unsererseits bestehen große Zweifel an der Genehmigungsfähigkeit des vorgelegten Doppelhaushalts. Wir hätten gerne bis zur Beratung eine aktuelle Einschätzung aus den Vorgesprächen mit dem Regierungspräsidium

Wegen der aufgezeigten und für uns sehr gravierenden Mängel im Haushaltsplan, können wir dem Haushalt bisher nicht zustimmen.